

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm
- 5 wird
- 6 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große Gesetzesvorhaben
- 7 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft
- 8 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit
- 9 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat
- 10 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und
- 11 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften
- 12 befassen wird.
- 13 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 14 Im November 2020 findet die übernächste UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow statt, kurz
- 15 davor kommen die UN-Mitgliedstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz zusammen. Eben
- 16 in
- 17 dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und Deutschland
- 18 müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen die
- 19 Klimakrise
- 20 und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät, dass wir
- 21 das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi-Ziele zur
- 22 Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf ambitionierte
- 23 verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur Erreichung der
- 24 Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan Biodiversität.
- 25 Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf zögernde
- 26 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.
- 27 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch
- 28 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von Deutschlands
- 29 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein, dass
- 30 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäische Union

lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen Kraftwerke mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen Emissionen eine höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden: die Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die Maßnahmen sind sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu

100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden: wir fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.

Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU-Kommissar Frans Timmermanns beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine ambitionierte Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz sollen klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen klarer Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein, dass ein neues europäisches CO₂-Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein! Die Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€ pro Tonne CO₂ eintreten.

Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des Europäischen gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket" kommt, wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren Gelder für fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien fördern. Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren zusammenwachsen.

Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam, rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und wenig Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber wir wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation

brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim Ausstieg unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss auskömmlich finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt werden, nur zukunftsste Investitione unterstüzt und die Beschäftigten im Blick haben.

Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im nächsten EU-Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir brauchen

ein Divestment-Programm und ein Climate Mainstreaming für den EU-Haushalt. Nachdem mit der

Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen Wasserstoffstrategie Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für Bäuer*innen, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise anzuheizen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.

Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere Landwirtschaft voranzubringen.

EU Haushalt stärken

Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir GRÜNE fordern 50%. Für die EU-Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt. Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1.000 Milliarden Euro für den
116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das
117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am
118 Bruttonationaleinkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den
Ausgaben
119 aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade
120 wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt
gegenfinanzieren
121 könnten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in
122 Klima, Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1%-Ziel bei den Verhandlungen
123 zum mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer
124 Hardlinerposition der Europäischen Union. Wer den EU-Haushalt zusammenkürzen will, wird die
125 Klimakrise nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent. Wir
126 GRÜNE wollen in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU-Haushalt bereitstellen und den EU-
127 Haushalt durch eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘

131 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freund*innen aus Europa die Debatte
über
132 eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an. Deutschland
133 gehört zu den größten Geldgebern der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für ihre
134 geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit fossilen
135 Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den Zielen des
136 Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr ehrgeizige
137 Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr Eigenkapital,
138 um innovative Technologien in großem Umfang zu finanzieren und eine
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestor*innen noch nicht tragen wollen.
140 Einen schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt
auf
143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, autoritäre Justizreformen, Korruption, die
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher Akteure
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu
150 bewahren.

151

152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass alle
154 Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen
155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das würde

sie

156 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu
157 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie gilt
158 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die Grundrechtecharta muss

159 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.

160

161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in
162 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen
in

163 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Ein
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur die
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem
168 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie zielgerichtet
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort ankommen, wo
es

171 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
172 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher
173 Ratspräsidentschaft verankert werden.

174 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,
175 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland hat die
176 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein wirksamer
177 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und echte
178 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten
179 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine
180 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen
181 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

182 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
183 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"
184 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
185 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
186 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.
187 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur*innen zu schützen, sollte die deutsche
188 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
189 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

190 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
191 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen
192 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:
193 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden
194 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

195 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

196

197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch europäisches
Recht.

198 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.

199 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal wieder in
200 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die
201 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen, solche
202 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum durchzuführen
203 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine
204 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt. Auch
206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden die
207 Menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc-Verteilungsmechanismus zwischen vier EU-
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss ihre
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus und
auch
211 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

212 Die EU-Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
213 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern
214 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
215 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die
216 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung
mit
217 verhindert haben.

218 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
219 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
220 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
221 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
222 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu
223 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine
224 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
225 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
226 Umweltverbrechen sind.

227

228 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für
229 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidiger*innen von
230 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeber*innen, aber auch Bürger*innendialoge mehr
und
231 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche
232 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des
233 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen
234 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die
235 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen
236 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas
237 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame Migrations- und

238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft
239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von
internationalem
240 Recht durchzusetzen.

241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr - beispielsweise
durch
242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für
243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von EU-Trust-
Funds
244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte
245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von
246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die
247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.